



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Laura Weber, Patrick Friedl, Christian Hierneis**
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
vom 06.11.2025

Belastung von Trinkwasserproben mit PFAS

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat in einer aktuellen Analyse 42 von 46 Trinkwasserproben mit Spuren sogenannter „Ewigkeitschemikalien“ (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen – PFAS) nachweisen können, darunter auch in mehreren bayerischen Regionen (Holzkirchen, Passau, Salzweg, Olching) sowie im Grundwasser von Neuötting-Alzgern im Landkreis Altötting. Die gemessenen Konzentrationen lagen in mehreren Fällen knapp über den ab 2026 geltenden gesetzlichen Grenzwerten, wobei das Trinkwasser in Neuötting-Alzgern dank Aktivkohlefiltern bisher als unbelastet gilt. Die Pressemeldung findet sich hier: www.bund-naturschutz.de¹

Die Staatsregierung wird gefragt:

- 1.1 Erfolgen PFAS-Messungen durch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) oder nachgeordnete Behörden (z. B. Landesamt für Umwelt – LfU) systematisch in den bayerischen Trinkwassergebieten? 3
- 1.2 Wenn ja, in welchen Regionen und mit welcher Frequenz? 3
2. Wie gestalten sich die aktuellen Ergebnisse dieser landesweiten oder regionalen Messungen im Hinblick auf PFAS-Konzentrationen, insbesondere in den vom BUND genannten betroffenen bayerischen Orten? 3
3. Welche Maßnahmen zur Überwachung, Eindämmung und Sanierung von PFAS-Belastungen in Grund- und Trinkwasser werden derzeit durch das StMUV oder nachgeordnete Behörden umgesetzt bzw. geplant? 3
4. Liegen Erkenntnisse vor, inwieweit industrielle Emissionen, Altlasten oder der Einsatz von PFAS-haltigen Produkten in Bayern für die gemessenen Belastungen verantwortlich sind? 3
- 5.1 Inwiefern steht das Verursacherprinzip bei der Finanzierung von Reinigungs- und Sanierungsmaßnahmen im Vordergrund? 4

¹ <https://www.bund-naturschutz.de/pressemitteilungen/trinkwassertest-in-42-von-46-stichproben-wurden-ewigkeits-chemikalien-nachgewiesen>

5.2	Welche finanziellen Verpflichtungen werden an Unternehmen mit PFAS-Emissionen herangetragen?	4
6.1	Werden neben Gewässern auch regelmäßig Kläranlagen und deren Schlamm auf PFAS untersucht?	4
6.2	Mit welchen Ergebnissen?	4
6.3	Welche Maßnahmen zur Reduzierung von PFAS sind hier angedacht (z. B. Aktivkohlefilterung)?	4
7.	Wie wird die Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit sichergestellt, insbesondere bezüglich Veröffentlichung und Zugänglichkeit der Messdaten?	5
8.	Beabsichtigt das StMUV zusätzliche oder verschärfte Maßnahmen im Kontext geplanter europäischer PFAS-Beschränkungen?	5
	Hinweise des Landtagsamts	6

Antwort

des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz
vom 01.12.2025

- 1.1 Erfolgen PFAS-Messungen durch das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (StMUV) oder nachgeordnete Behörden (z. B. Landesamt für Umwelt – LfU) systematisch in den bayerischen Trinkwassergebieten?**

- 1.2 Wenn ja, in welchen Regionen und mit welcher Frequenz?**

Die Fragen 1.1 und 1.2 werden gemeinsam beantwortet.

Die bayerische Wasserwirtschaft betreibt ein umfangreiches chemisches Monitoring, um die Grundwasserbeschaffenheit mithilfe von repräsentativen Messnetzen zu überwachen. Die Messnetzkonzeption erfolgt dabei in Abhängigkeit von den jeweiligen fachlichen und rechtlichen Anforderungen. Das Monitoring dient dazu, den aktuellen Zustand des Grundwassers, die langfristige Entwicklung der Grundwasserbeschaffenheit sowie vorhandene flächenhafte Belastungen erfassen und überwachen zu können. Hierzu wird auch auf die Berichte an den Landtag aus den Jahren 2022 und 2024 verwiesen (www.lfu.bayern.de¹), insbesondere auf Kapitel 2.4 Grundwasser.

- 2. Wie gestalten sich die aktuellen Ergebnisse dieser landesweiten oder regionalen Messungen im Hinblick auf PFAS-Konzentrationen, insbesondere in den vom BUND genannten betroffenen bayerischen Orten?**

Das bisherige Grundwassermonitoring zeigt weitverbreitet Werte von Perfluorooctansulfonäure (PFOS) in geringen Konzentrationen. Erhöhte PFAS-Konzentrationen im Grundwasser werden nur im nahen Umfeld bekannter Schadensfälle nachgewiesen. Siehe auch die Berichte an den Landtag (www.lfu.bayern.de¹), insbesondere Kapitel 2.4 Grundwasser.

- 3. Welche Maßnahmen zur Überwachung, Eindämmung und Sanierung von PFAS-Belastungen in Grund- und Trinkwasser werden derzeit durch das StMUV oder nachgeordnete Behörden umgesetzt bzw. geplant?**

Für Ausführungen hierzu wird auf die Berichte an den Landtag aus den Jahren 2022 und 2024 verwiesen (www.lfu.bayern.de¹).

- 4. Liegen Erkenntnisse vor, inwieweit industrielle Emissionen, Altlasten oder der Einsatz von PFAS-haltigen Produkten in Bayern für die gemessenen Belastungen verantwortlich sind?**

Hierzu wird auf die ausführlichen Berichte an den Landtag aus den Jahren 2022 und 2024 verwiesen www.lfu.bayern.de¹.

1 https://www.lfu.bayern.de/analytik_stoffe/pfas/index.htm

5.1 Inwiefern steht das Verursacherprinzip bei der Finanzierung von Reinigungs- und Sanierungsmaßnahmen im Vordergrund?**5.2 Welche finanziellen Verpflichtungen werden an Unternehmen mit PFAS-Emissionen herangetragen?**

Die Fragen 5.1 und 5.2 werden gemeinsam beantwortet.

Hinsichtlich der derzeit etablierten Möglichkeiten für Maßnahmen zur Sanierung von Boden und Grundwasser wird auf die Berichte an den Landtag aus den Jahren 2022 und 2024 verwiesen (insbes. Kap. 4 des Berichts 2024).

Die Möglichkeit der Heranziehung Verantwortlicher zur Finanzierung von Maßnahmen ist einzelfallbezogen von den zuständigen Behörden anhand der rechtlichen Vorgaben zur Störerauswahl zu prüfen.

6.1 Werden neben Gewässern auch regelmäßig Kläranlagen und deren Schlamm auf PFAS untersucht?**6.2 Mit welchen Ergebnissen?**

Die Fragen 6.1 und 6.2 werden gemeinsam beantwortet.

Die Abläufe von Kläranlagen werden hinsichtlich der einzuhaltenden Parameter, die im wasserrechtlichen Bescheid festgelegt sind, untersucht. Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) gehören nicht zu diesen Parametern.

Klärschlämme, die einer bodenbezogenen Verwertung zugeführt werden, unterliegen gemäß Verordnung zur Neuordnung der Klärschlammverwertung (AbfKlärV) einer regelmäßigen Untersuchungspflicht hinsichtlich PFAS. Zu untersuchen sind perfluorierte Verbindungen mit den Einzelsubstanzen Perfluorooctansäure (PFOA) und Perfluorooctansulfonsäure (PFOS). Die Untersuchung ist mindestens alle zwei Jahre zu wiederholen.

Im Bericht an den Landtag aus dem Jahr 2024 (www.lfu.bayern.de²) sind in Kap. 2.5 die Ergebnisse der Untersuchung von Abwasser und Klärschlamm dargestellt.

6.3 Welche Maßnahmen zur Reduzierung von PFAS sind hier angedacht (z. B. Aktivkohlefilterung)?

Die EU-Kommunalabwasserrichtlinie (KARL) sieht die Errichtung einer vierten Reinigungsstufe für Kläranlagen ab einer gewissen Größe vor. Dadurch sollen Spurenstoffe abgebaut werden. Technisch wird hierzu in der Regel Aktivkohle eingesetzt.

Dadurch werden Arzneimittelmrückstände von der Aktivkohle adsorbiert. Zusätzlich werden auch zumindest langkettige PFAS von der Aktivkohle absorbiert. Die Richtlinie muss bis 31.07.2027 in nationales Recht umgesetzt werden.

2 https://www.lfu.bayern.de/analytik_stoffe/pfas/index.htm

7. Wie wird die Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit sichergestellt, insbesondere bezüglich Veröffentlichung und Zugänglichkeit der Messdaten?

Über den Gewässerkundlichen Dienst ([GKD](https://www.gkd.bayern.de/)³) können die im Rahmen des Monitorings von bayerischen Gewässern erhobenen Daten zu einzelnen Stoffen einschließlich deren nachgewiesenen Konzentrationen sowie detaillierte Informationen zu den Messstellen abgerufen werden.

8. Beabsichtigt das StMUV zusätzliche oder verschärfte Maßnahmen im Kontext geplanter europäischer PFAS-Beschränkungen?

Seit 2023 läuft bei der Europäischen Chemikalienagentur ein aufwendiges Verfahren zur Beschränkung der Stoffgruppe der PFAS. Nach einer jüngst erfolgten Verfeinerung des vorliegenden Beschränkungsvorschlags werden im März 2026 die Stellungnahmen der wissenschaftlichen Ausschüsse der Europäischen Chemikalienagentur erwartet.

Im Rahmen des Beschränkungsverfahrens sind Vorgaben zu erarbeiten, die sowohl den Eintrag von PFAS in die Umwelt so weit wie möglich minimieren als auch einen weiteren Einsatz zu bestimmten Verwendungszwecken ermöglichen. Die Staatsregierung begleitet den Beschränkungsprozess und bringt sich erforderlichenfalls in diesen ein. In Bezug auf künftige Maßnahmen sind zunächst die Ergebnisse des Beschränkungsverfahrens abzuwarten.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.